

# NIEDERSCHRIFT

---

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	HuF/009/16-21
Sitzungsdatum	Mittwoch, den 22.03.2017
Sitzungsbeginn	19:15 Uhr
Sitzungsende	21:05 Uhr
Ort	Sitzungssaal Gebäude I, Raum 001, Mainzer-Tor-Anlage 6, 61169 Friedberg (Hessen)

## Teilnehmerliste

### Vorsitzende

Frau Marion Götz

### Mitglieder

Herr Olaf Beisel  
Herr Gerhard Bohl  
Herr Friedrich Wilhelm Durchdewald  
Herr Ulrich Hausner  
Herr Dr. Reinhold Merbs  
Herr Mehmet Turan  
Herr Sven Weiberg  
Herr Günther Winfried Weil

vertreten durch Herrn Florian Uebelacker

### Schriftführerin

Frau Madeline Cacalano

### Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Herr Carl Cellarius  
Frau Claudia Eisenhardt  
Frau Silvia Elm-Gelsebach  
Herr Achim Güssgen-Ackva

### Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Michael Keller  
Herr Stadtrat Markus Alexander Fenske  
Herr Stadtrat Klaus Fischer  
Herr Stadtrat Alfons Janke  
Frau Stadträtin Ruth Mühlenbeck  
Herr Stadtrat Ortwin Musch

### Verwaltung

Frau Christine Böhmerl;  
Leiterin des Amtes für soziale und kulturelle  
Dienste und Einrichtungen

Ausschussvorsitzende Götz eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß. Einwände gegen die Tagesordnung ergehen nicht.

## Tagesordnung:

TOP	DS-Nr.	Titel
1	11-16/0437	Antrag der CDU-Fraktion vom 08. Oktober 2012; Einführung der Baumbestattung in Friedberg hier: Sachstandsbericht
2	11-16/1189	Antrag der SPD-Fraktion vom 20. Mai 2015; hier: "Campus" / Wieder-Öffnung der Wilhelm-Leuschner-Straße bis zum Zeitpunkt der Umsetzungsreife hier: Sachstandsbericht
3	11-16/1354	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02. Dezember 2015; hier: Vorplanung Busbahnhof / Anmeldung im Förderprogramm hier: Sachstandsbericht
4	16-21/0066	Antrag der SPD-Fraktion vom 22. Juni 2016; hier: Durchgängige Radverkehrsverbindung vom Elvis-Presley-Kreisel bis zur Gießener Straße hier: Sachstandsbericht
5		Beratung durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport in Fragen der Haushaltspolitik (DS-Nr. 16-21/0161 - Antrag der CDU-Fraktion vom 04.10.2016); hier: Sachstand
6	16-21/0163	Antrag der Fraktion Die Linke. vom 05. Oktober 2016; hier: Erhöhung der Kinderbetreuungszeiten in der U6 Betreuung hier: Sachstandsbericht
7	16-21/0294	Aufhebung einer Stellenbesetzungssperre bei der Kostenstelle 6.580000 – Öffentliche Grünanlagen/Landschaftsbau
8	16-21/0295	Aufhebung des Sperrvermerkes Kostenstelle Wirtschaftsförderung, Auf- wendungen für Öffentlichkeitsarbeit
9		Verschiedenes
9.1		Verschiedenes; hier: Kostenzusage Philipp-Dieffenbach-Schule
9.2		Verschiedenes; hier: Konversion

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

TOP	DS-Nr.	Titel
<b>1.</b>	<b>11-16/0437</b>	<b>Antrag der CDU-Fraktion vom 08. Oktober 2012; Einführung der Baumbestattung in Friedberg hier: Sachstandsbericht</b>

Bürgermeister Keller teilt mit, dass im Haushalt 2017 Gelder in Höhe von 220.000 Euro für die Umsetzung der Maßnahme eingeplant sind. Das Büro Sommerlad Haase Kuli ist auf Basis der beschlossenen Variante 2 mit der Entwurfs- und Ausführungsplanung beauftragt. Nach Bereitstellung der eigentlichen Baukosten kann dann die Ausschreibung vorbereitet und durchgeführt werden.

**2. 11-16/1189 Antrag der SPD-Fraktion vom 20. Mai 2015;  
hier: "Campus" / Wieder-Öffnung der Wilhelm-Leuschner-Straße bis  
zum Zeitpunkt der Umsetzungsreife  
hier: Sachstandsbericht**

Ausschussvorsitzende Götz verweist auf § 25 HGO - *Widerstreit der Interessen* -.

Sie erklärt, dass die Ausschussmitglieder, die von § 25 HGO betroffen sind zwar den Sachstandsbericht des Bürgermeisters vernehmen, allerdings an der weiteren Beratung dieser Thematik nicht teilnehmen dürfen. Aus diesem Grund schlägt Vorsitzende Götz vor, die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes getrennt in zwei Abschnitten vorzunehmen. Die Abschnitte werden wie folgt untergliedert:

1. Sachstandsbericht
2. Beratung

Seitens der Ausschussmitglieder ergehen keine Einwände gegen die abschnittsweise Behandlung des Tagesordnungspunktes.

### **1. Sachstandsbericht**

Bürgermeister Keller rekapituliert den seitherigen Sachstand:

- 07.07.2016: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Teileinziehung einer Teilfläche der Wilhelm-Leuschner-Straße zum Zweck der Schaffung eines Campus für die THM
- 16.07.2016: Ankündigung der Teileinziehung in der Wetterauer Zeitung nach § 6 Abs. 2 HStrG
- 17.09.2016 Bekanntmachung in der Wetterauer Zeitung über die Teileinziehung und Umwidmung ab 18.10.2016
- November 2016: Auftrag des Ordnungsamtes an das Büro IMB-Plan zur Durchführung der Verkehrsuntersuchung (nach hausinterner Klärung des Finanzbedarfs und der Mittelverfügbarkeit)
- Oktober 2016: Eingang von Widersprüchen
- Auswertung der Widersprüche:
  - a. Widersprüche von unmittelbaren Nachbarn aus der Wilhelm-Leuschner-Straße und der Friedrich-Ebert-Straße liegen nicht vor.
  - b. Die Widersprüche stammen von AnwohnerInnen aus der Kettelerstraße, der Straße Am Edelspfad sowie Am Dachspfad
- 06.03.2017 Gespräch mit IMB-Plan und der Straßenverkehrsbehörde mit folgenden Ergebnissen:
  1. Wegen der vorlesungsfreien Zeit und der daran anschließenden Osterferien soll die Verkehrszählung nach Ostern durchgeführt werden.
  2. IMB-Plan wird – auch unter Zugrundelegung der Untersuchung aus dem Jahr 2014 – explizit herausarbeiten, inwiefern das Straßenteilstück entbehrlich ist, und zwar
    - a. bezüglich der Parkplatzsituation
    - b. bezüglich des fließenden Verkehrs und der Verkehrsbeziehungen
  3. Die Straßenverkehrsbehörde wird eine Erhebung der öffentlichen Parkplätze im Bereich zwischen Karlsbader und Königsberger Straße vornehmen.

Nach Vorliegen der Ergebnisse werden die Widerspruchsführer eine straßenbezogene Stellungnahme mit der Bitte um Mitteilung erhalten, ob sie am Widerspruch festhalten. Sollte dies der Fall sein, erfolgt die Weiterleitung der Widersprüche an den Anhörungsausschuss des Wetteraukreises zur Durchführung des Vorverfahrens nach § 68 VwGO.

Daran schließt sich die Erstellung der Widerspruchsbescheide an. Danach besteht für die Widerspruchsführer grundsätzlich die Möglichkeit der Klageerhebung.

## 2. Beratung

Folgende Personen verlassen aufgrund des § 25 HGO - *Widerstreit der Interessen* - den Sitzungssaal:

- Ausschussmitglied Weiberg
- Stellv. Ausschussmitglied Uebelacker
- Stellv. Stadtverordnetenvorsteher Cellarius
- Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin Eisenhardt
- Stadtrat Fenske
- Stadtrat Janke

Bürgermeister Keller beantwortet einige Fragen der Ausschussmitglieder und sagt zu, dass eine Zwischeninformation an die Anwohner erfolgt.

<b>3.</b>	<b>11-16/1354</b>	<b>Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02. Dezember 2015; hier: Vorplanung Busbahnhof / Anmeldung im Förderprogramm hier: Sachstandsbericht</b>
-----------	-------------------	---

Bürgermeister Keller teilt folgenden Sachstand mit:

Im Haushaltsplan 2016 wurden für eine Planung ZOB Mittel in Höhe von 25.000,-- EUR für das Haushaltsjahr 2016 bereitgestellt und weitere 25.000,-- EUR im Investitionsprogramm für das Jahr 2017 vorgesehen.

Daraufhin fanden im vergangenen Jahr mehrere Gespräche mit Vertretern der Bahn, des RMV, der VGO und des ZOV statt. Hierbei wurden die räumlichen Rahmenbedingungen eruiert, die Grundstücksverfügbarkeit erörtert und die mögliche Finanzierung der Planungsleistungen besprochen.

- Hierbei konnte die Grundstücksverfügbarkeit positiv geklärt werden.
- An den Kosten für die Planung beteiligt sich der RMV mit 50%; der Entwurf einer Kooperationsvereinbarung liegt vor.
- Es wurden auf der Grundlage der Machbarkeits- und Finanzierungsstudie zum Bahnhof verschiedene Varianten vor dem Hintergrund der unbefriedigenden Ausfahrtsituation in den Knotenpunkt besprochen und die Notwendigkeit einer Betrachtung des Knotenpunktes festgestellt.

Im Zuge der Beratungen zum Haushalt 2017 wurden die in 2017 vorgesehenen Mittel gestrichen. Damit stehen nur noch 25.000,-- EUR zur Verfügung.

In der Machbarkeitsstudie Bahnhof waren die Kosten für den ZOB auf rd. 850.000,-- EUR Minimum und rd. 1,4 Mio EUR (mit Überdachung) geschätzt wurden. Hierbei waren noch keine Standortvarianten und die Betrachtung des Knotenpunktes nicht enthalten.

Bei einer überschlägigen Kalkulation für eine Variantenuntersuchung unter Einbeziehung des Knotenpunktes sowie des jetzigen P+R-Platzes und der vorhandenen Grünflächen ergeben sich vorläufige Honorarkosten für die Leistungsphasen 1+2 in Höhe von ca. 45.000,-- EUR. Mit den derzeit vorhandenen Haushaltsmitteln in Höhe von 25.000,-- EUR kann der Auftrag deshalb nicht erteilt werden. Mit dem RMV wird derzeit geklärt, ob zumindest eine gemeinsame Beauftragung der Planung (LPh 1+2) möglich ist. Dann stünde eine Auftragssumme von 50.000,-- EUR zur Verfügung.

**4. 16-21/0066 Antrag der SPD-Fraktion vom 22. Juni 2016;  
hier: Durchgängige Radverkehrsverbindung vom Elvis-Presley-Kreisel  
bis zur Gießener Straße  
hier: Sachstandsbericht**

Bürgermeister Keller teilt mit, dass die „Durchgängige Radverkehrsverbindung vom Elvis-Presley-Kreisel bis Gießener Straße“ Bestandteil des Radverkehrskonzeptes sein soll. Die Straßenverkehrsbehörde erarbeitet zurzeit eine Liste der Einbahnstraßen in Friedberg, da auch die Einbahnstraßen im Radverkehrskonzept betrachtet werden sollen.

**5. Beratung durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport in  
Fragen der Haushaltspolitik  
(DS-Nr. 16-21/0161 - Antrag der CDU-Fraktion vom 04.10.2016);  
hier: Sachstand**

Bürgermeister Keller teilt mit, dass alle Unterlagen dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport vorliegen. Die Kämmerei hat am 07.02.2017 die entsprechenden Unterlagen versandt. Vom Ministerium des Innern und für Sport liegt derzeit noch keine Antwort vor.

**6. 16-21/0163 Antrag der Fraktion Die Linke. vom 05. Oktober 2016;  
hier: Erhöhung der Kinderbetreuungszeiten in der U6 Betreuung  
hier: Sachstandsbericht**

Bürgermeister Keller berichtet aus der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur vom 14.03.2017. Er teilt mit, dass der Antrag im Rahmen der Änderung der Gebührensatzung für die Kindertagesstätten und damit verbunden die Verlängerung der Öffnungszeiten dem Ausschuss erneut zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Die Einbringung der Vorlage in den Gremienlauf soll noch vor den Sommerferien erfolgen.

**7. 16-21/0294 Aufhebung einer Stellenbesetzungssperre bei der Kostenstelle 6.580000  
– Öffentliche Grünanlagen/Landschaftsbau**

Ausschussmitglied Beisel kritisiert, die seiner Meinung nach in der Vorlage nicht ausreichend dargestellte Begründung für die Aufhebung der Stellenbesetzungssperre. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion der Vorlage unter Aufrechterhaltung dieser Begründung nicht zustimmen werde.

Bürgermeister Keller sagt dem Ausschuss, unabhängig vom Ausgang der heutigen Abstimmung über die Aufhebung der Stellenbesetzungssperre, eine schriftliche Erläuterung zu den in der Vorlage aufgelisteten Maßnahmen zu.

#### **Beschluss:**

Zur Sicherstellung des laufenden Betriebes wird die Stellenbesetzungssperre (Beginn 1.9.2017) für eine Vollzeitstelle TVöD 11 bei der Kostenstelle 6.580000 – Öffentliche Grünanlagen/Landschaftsbau aufgehoben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen  
Ja 6 Nein 3 Enthaltung 0

**8. 16-21/0295 Aufhebung des Sperrvermerkes Kostenstelle Wirtschaftsförderung, Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit**

**Beschluss:**

Der Sperrvermerk auf den benötigten Haushaltsmitteln in Höhe von 50.000 Euro bei Kostenstelle 8.790000, Sachkonto 6861000 (Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit) wird aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen  
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**9. Verschiedenes**

**9.1. Verschiedenes;  
hier: Kostenzusage Philipp-Dieffenbach-Schule**

Bürgermeister Keller beantwortet die Frage des stellvertretenden Ausschussmitgliedes Uebelacker dahingehend, dass zunächst die Vorlage der Abrechnungen für das Jahr 2016 seitens des Trägers für die Schulbetreuung an der Philipp-Dieffenbach-Schule erforderlich sei.

**9.2. Verschiedenes;  
hier: Konversion**

Bürgermeister Keller berichtet auf Nachfrage von Ausschussmitglied Beisel über die aktuellen Gespräche mit der BIMA bzgl. des Konversionsgeländes.

Stellvertretendes Ausschussmitglied Uebelacker kritisiert, dass dem Ausschuss keine Zahlen im Hinblick auf das Plonergebäude, die Kaserne und einer Refinanzierung vorliegen.

Der Tagesordnungspunkt „Konversion“ soll auf Vorschlag von Vorsitzender Götz turnusmäßig auf die Tagesordnung der Haupt- und Finanzausschusssitzungen genommen werden, damit regelmäßig über den aktuellen Sachstand berichtet werden kann.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Ausschussvorsitzende Götz die Sitzung mit Dankesworten an die Anwesenden.

\_\_\_\_\_  
gez.: Götz  
(Vorsitzende)

\_\_\_\_\_  
gez.: Cacalano  
(Schriftführerin)